

Exporte machten 4 Mrd. MPtc (500 Mio. US\$) und Importe 3,5 Mrd. MPtc (437,5 Mio. US\$) aus. Hauptausfuhrsgüter waren nach wie vor Textilien und Kleidung, die 81,4% aller Exportwaren ausmachten. Die meisten Exporte gingen mit 44,7% in die USA und mit 32,5% in die EU. Exporte in die VR China und die SVR Hongkong erreichten 16,8%. Importe stammten meist aus dem asiatisch-pazifischen Raum; die VR China und die SVR Hongkong waren mit 55% die Hauptlieferländer. Waren aus den USA und aus der EU machten 15% aus. (XNA, 19.5.00)

Nach Angaben des Statistikamts sind im ersten Vierteljahr in Macau 161 neue Firmen gegründet worden, 36,4% mehr als im selben Zeitraum 1999. Die neuen Firmen verfügen über ein Gesamtkapitalvolumen von 16 Mio. MPtc (2 Mio. US\$), eine Abnahme um 0,6% im Vergleich zum Zeitraum Januar bis März 1999. Von den neuen Firmen wurden 73 als im Groß- und Einzelhandel und 15% als im Bau- und Immobiliengewerbe Tätige eingetragen. In den ersten drei Monaten wurden 29 Firmen mit einem Kapitalvolumen von 3,7 Mio. MPtc (462.500 Mio. US\$) geschlossen. (XNA, 19.5.00) -ljk-

---

## Taiwan

---

### 46 Amtsantritt der neuen Regierung

Herausragendes politisches Ereignis im Berichtsmonat war der Regierungswechsel am 20. Mai. Zur mit Spannung erwarteten Antrittsrede des neuen Präsidenten und dem politischen Programm des neuen Kabinetts siehe das separate Thema in diesem Heft.

### 47 Auftrag für Hochtief

Hochtief, Deutschlands größter Baukonzern, übernimmt die Federführung bei einem 820 Mio. Euro schweren Auftrag aus Taiwan. Dabei handelt es sich um den Bau eines 40 km langen Teilstücks der Hochgeschwindigkeitsbahnstrecke, die zwischen Taipei und Kaohsiung (Gaoxiong) entsteht. Auf

Hochtief selbst sollen 55% des Auftragswerts entfallen. Als Ausführungszeitraum wurden die Jahre 2000-2004 angegeben. (HB, 9.5.00; CP, 10.5.00) -hws-

### 48 Verbesserte Konjunkturprognosen für das laufende Jahr

Taiwans Wirtschaft floriert. Das ergibt sich aus neuen Zahlen, die im Mai bekannt wurden. So lagen die Exporte im April um 34,2% über dem Wert des Vorjahresmonats, bei Importen betrug die Steigerung sogar 48,5% - Werte, die deutlich über den Prognosen lagen. Die absoluten Zahlen - 12,27 Mio. US\$ Exporte, 12,16 Mio. US\$ Importe - weisen nach wie vor einen Handelsüberschuss auf, auch wenn dieser gegenüber dem Vorjahresmonat um 87,8% niedriger ausfiel. Die Zuwächse bei Ein- und Ausfuhr liegen damit bereits im siebten Monat im zweistelligen Bereich. Besonders kräftig zogen die Ausfuhren von Elektronik an, für die Taiwan traditionell eine starke Weltmarktposition besitzt, und zwar um 59,7%. (SCMP, 9.5.00)

Die Regierung setzte auf Grund dieser Werte ihre Erwartung für das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im laufenden Jahr von 6,54 auf 6,73% herauf. Tatsächlich lag das BIP-Wachstum im ersten Quartal bereits bei 7,93%. Es handelte sich um den höchsten derartigen Quartalswert in den letzten acht Jahren. Auf Grund eines schwächelnden Aktienmarktes wird für das zweite Quartal 2000 jedoch mit mehr Zurückhaltung bei den privaten Investitions- und Konsumausgaben gerechnet, sodass der hohe Wachstumswert des ersten Quartals nicht wieder erreicht wird.

Das ökonomische Gesamtbild der taiwanischen Wirtschaft sieht derzeit umso besser aus, als die Inflationserwartungen ebenfalls gering sind. Bei den Verbraucherpreisen wird von einer Teuerung von 1,8% ausgegangen. Angesichts der in den USA steigenden Basiszinsen hatte die taiwanische Zentralbank bereits im März zwei Basiswerte um 0,125 Prozentpunkte heraufgesetzt. Viele Analysten gehen jedoch für die zweite Jahreshälfte von einer leicht steigenden Teuerungsrate aus. (Wall Street Journal, Internetausgabe, 22.5.00) Bislang war eine im-

portinduzierte Inflation auf Grund eines erstarkten Taiwandollars (innerhalb von 12 Monaten plus 7% gegenüber dem US-Dollar) weitgehend ausgeblieben. (NZZ, 29.5.00)

Die ohnehin schon äußerst niedrige Erwerbslosigkeit ging im April weiter zurück, und zwar von 2,83% im März auf 2,73%. Den erwarteten Jahresdurchschnitt korrigierte die Regierung im Mai von 2,8 auf 2,7%, nachdem im letzten Jahr noch ein Höchstwert von 2,92% zu verzeichnen gewesen war. (Wall Street Journal, Internetausgabe, 23.5.00)

Andere Indikatoren deuten jedoch an, dass es der Wirtschaft trotz eines sehr positiven Gesamtbildes nicht in allen Bereichen gleich gut geht. So blieb die Industrieproduktion im April mit einem Wachstum von 5,98% gegenüber dem Vorjahresmonat deutlich hinter den Erwartungen zurück: Prognostiziert worden waren 11,6%. Ein aus sieben Indikatoren gebildeter Wirtschaftsindex fiel im April im dritten Monat in Folge. Für die zweite Jahreshälfte erwarten Wirtschaftsexperten gleichwohl eine anhaltend kräftige Konjunktur, sofern die politische Lage an der Taiwanstraße stabil bleibt. (Wall Street Journal, Internetausgabe, 23.5. und 29.5.00) -hws-

### 49 Zivildienstgesetz in Kraft

Seit Anfang Mai ist die Verweigerung des Kriegsdienstes aus Gewissens- oder familiären Gründen erstmals durch ein Zivildienstgesetz geregelt. Bislang sah die für junge Männer geltende allgemeine Wehrpflicht keine Ausnahmen vor. Wer jeden Dienst mit der Waffe ablehnte, hatte langjährige Haftstrafen zu gewärtigen, die denen eines Schwerverbrechers nicht viel nachstanden. Dies betraf vor allem Angehörige der „Zeugen Jehovas“. Anfang des Jahres saßen aus diesem Grunde 28 Personen ein.

Ihnen und allen anderen, für die der Wehrdienst mit einer besonderen Härte verbunden ist, öffnen sich nun Alternativen. Fürs Erste wurden bereits 5.000 Zivildienststellen bei der Polizei, der Feuerwehr, im Umweltschutz sowie in der Kranken- und Altenpflege eingerichtet. Wer zu Hause pflegebedürftige Anhörige zu versorgen hat, kommt mit einem Zivildienst von 26

Monaten aus, wer den Kriegsdienst aus religiösen Gründen verweigert, muss zwei Jahre und neun Monate Zivildienst leisten. Die reguläre Wehrdienstzeit liegt derzeit bei 24 Monaten. Übertrifft die Zahl der Antragsteller die der freien Stellen, soll das Los entscheiden. Wer als Kriegsdienstverweigerer drei Jahre oder länger in Haft war, wurde unterdessen freigelassen. (www.taipeitimes.com, 3.5.00)

Das neue Gesetz bedeutet einen längst überfälligen Schritt in Richtung auf mehr Menschenrechte. Durchsetzbar wurde die Zivildienstregelung jedoch erst, nachdem im Zuge neuer verteidigungspolitischer Prioritäten im letzten Jahr ohnehin eine Reduzierung der Truppenstärke zu Gunsten einer besseren technischen Ausrüstung beschlossen worden war. (Vgl. C.a., 1999/12, Ü 43) -hws-

## 50 Neue Turbulenzen im Finanzsektor - Zahl der Notleidenden Kredite wächst

Innerhalb von nur zwei Wochen übernahm die Zentrale Einlagen-Sicherungsgesellschaft (Central Deposit Insurance Corporation, CDIC) auf Anweisung des Finanzministeriums die Geschäftsführung zweier angeschlagener Kreditinstitute, nachdem Kunden die Filialen stürmten, um ihre Guthaben abzuziehen. Ende Mai kam es bei einer weiteren Bank zu einer Kundenpanik. Die Ereignisse wurden von Kommentatoren als Zeugnisse für den seit längerem als weithin marode bekannten Zustand des taiwanischen Finanzwesens, für die Verfilzung zwischen der bisherigen Regierungspartei KMT mit der Wirtschaft sowie für den dringenden Reformbedarf auf diesem Gebiet gewertet.

Die neueste Welle von Ereignissen begann Ende April, als das Finanzministerium eine Untersuchung der Chung-Shing-Bank veranlasste und feststellen musste, dass Vorschriften zur Darlehensvergabe nicht eingehalten worden waren. Die Bank hatte der Taiwan Pineapple Corporation Darlehen gewährt, die bei über 40% ihres Stammkapitals lagen. Eine so hohe Abhängigkeit von einem einzelnen Kunden ist jedoch nicht zulässig. Insgesamt beliefen sich die Kredite der Bank an Taiwan Pineapple Corp. auf

6,2 Mrd. NT\$, während Taiwan Pineapple Corp. insgesamt mit 15 Mrd. NT\$ (513 Mio. Euro) verschuldet ist. Bei der Chung-Shing-Bank selbst wurden im Zuge der Untersuchungen Notleidende Kredite in Höhe von 10% der vergebenen Darlehenssumme festgestellt, während die Bank zuvor lediglich eine Quote von 4% gemeldet hatte. Als am 29. April erste Meldungen über Unregelmäßigkeiten bei der Bank an die Öffentlichkeit drangen, setzte ein Kundenansturm ein, der innerhalb einer Woche zu einem Mittelabfluss von nahezu 10 Mrd. NT\$ führte. Eine selbstständige Fortexistenz der Bank gilt inzwischen als ausgeschlossen. (www.taipeitimes.com, 28.4., 30.4. und 3.5.00)

Vermutlich dem nahenden Machtwechsel in der Staatsführung war es zu danken, dass bald überraschende Details einer weit reichenden politischen Dimension des Chung-Shing-Bankenskandals bekannt wurden. Im Zentrum des Interesses standen zwei Personen: erstens Bankpräsident Wang Yuyun, einst Bürgermeister der südtaiwanischen Metropole Kaohsiung (Gaoxiang) und Eigentümer einer Firma, auf deren Konto die Taiwan Pineapple Corp. 120 Mio. NT\$ aus der Darlehenssumme transferierte - offenbar das Schmiergeld für die Gewährung eines illegalen Kredits; zweitens der frühere Geschäftsführer der Chung-Shing-Bank Wang Shuen-ren (Wang Xuanren). Beide versuchten sich zunächst gegenseitig die Verantwortung für die illegalen Darlehen zuzuschreiben. Presserecherchen ergaben, dass Wang Shuen-ren 1996 auf Empfehlung des damaligen Parlamentsmitglieds und späteren Premierministers Vincent Siew (Xiao Wanchang) an die Chung-Shing-Bank kam, nachdem er als Geschäftsführer der Taipei-Bank hatte seinen Hut nehmen müssen: Dort waren Anschuldigungen wegen illegaler Darlehensvergabe gegen ihn laut geworden. Alle Beteiligten waren (und sind) Mitglieder der bisherigen Regierungspartei Kuomintang (KMT). Die politische Verfilzung zwischen der bis vor kurzem dominierenden KMT und der Wirtschaft, die zahllosen Parteigängern großartige Pfründen bescherte, gerät durch diesen Fall ebenso ins Blickfeld wie der Versuch der KMT, sich unliebsamer Verquickungen im

Vorfeld des Regierungswechsels möglichst zu entledigen, solange sie selbst noch Einfluss auf den Gang der Untersuchung nehmen und bestimmen kann, wer geopfert wird, um weitergehende Verflechtungen ihres Wirtschaftsimperiums möglichst zu vertuschen. (www.taipeitimes.com, 5.5. und 11.5.00)

Bereits im Zuge des Chung-Shing-Bankenskandals wurde auf andere Kreditinstitute hingewiesen, die ebenfalls gefährlich hohe Quoten Not leidender Kredite aufwiesen, darunter die Taiwan Development and Trust Corporation (TDTC) eine Immobilienentwicklungs- und Treuhandgesellschaft, die 21% ihrer Darlehenssumme als nicht mehr einbringbar nannte; anderer Quelle zufolge betrug die Quote sogar 26%. (www.taipeitimes.com, 5.5. und 25.5.00) Die TDTC wurde am 13. Mai ebenfalls vom Finanzministerium der direkten Aufsicht der CDIC unterstellt, da der Vorstand, wie es hieß, wegen eines 1,8 Mrd. NT\$ schweren Grundstückskaufs zerstritten sei. Die einstige Staatsfirma war erst vor kurzem privatisiert worden, wobei staatlich bestellte Direktoren weiterhin im Vorstand sitzen. Einer der von seinem Posten vorübergehend enthobenen nichtstaatlichen Direktoren erklärte, das Eingreifen des Ministeriums sei eine „kalkulierte Aktion“ mit dem Ziel gewesen, den privaten Anteilseignern und ihren Vertretern im Firmenvorstand Einblick in belastende Unterlagen vorzuenthalten. Dies wurde vom scheidenden Finanzminister Paul Chiu (Qiu Zhengxiang) zwar bestritten, dessen Aussage, die Firma habe eine niedrige Quote an Notleidenden Krediten, steht jedoch zu der zuvor bekannt gegebenen Zahl von 21% in eklatantem Widerspruch. Die Tatsache, dass das TDTC-Management vor der Privatisierung vom Finanzministerium sowie von der Provinzregierung berufen wurde, deutet auch hier auf weiter reichende politische Dimensionen der Affäre hin. Ein früherer Vizevorsitzender von TDTC erklärte, das Finanzministerium sei in diesem Fall sowohl Mitspieler als auch Schiedsrichter. Daher seien Verschleierungsmanöver zu befürchten. (www.taipeitimes.com, 15.5. und 16.5.00) Das Publikum jedenfalls ging bereits nach dem ers-

ten Pressebericht über einen drohenden Liquiditätsengpaß auf Distanz zu TDTC und zog allein in den ersten drei Tagen Einlagen in Höhe von 3,4 Mrd. NT\$ ab. (SCMP, Internetausgabe, 17.5.00) Ein Zusammenbruch von TDTC konnte durch eine konzertierte Aktion des Finanzministeriums und der Zentralbank noch kurz vor der Übergabe der Amtsgeschäfte an die neue Regierung abgewendet werden. (www.taipeitimes.com, 16.5.00)

Am 25. Mai löste ein Pressebericht einen weiteren Kundenrun auf eine Bank aus. Diesmal traf es die Bank of Overseas Chinese, die ebenfalls zuvor schon ins Visier der CDIC geraten war und mit einer Quote von 8 bis 10% Not leidender Kredite deutlich über dem zulässigen Limit lag, das vom Finanzministerium im vergangenen Jahr mit 6,5% festgesetzt worden war. (www.taipeitimes.com, 28.4., 13.5. und 25.5.00)

Insgesamt ist die Quote nichteinbringbarer Kredite in Taiwan bis Ende März auf 5,03% gestiegen, nachdem sie Ende Dezember 1999 noch bei 4,88% gelegen hatte. Basis dieser Zahlen sind jedoch die Selbstauskünfte der 56 registrierten Handelsbanken an die Central Bank of China, die sich bei Kontrollen gewöhnlich als geschönt herausstellten. (www.taipeitimes.com, 5.5.00) Die zulässige Höchstquote von 6,5% gilt im internationalen Vergleich bereits als großzügig. Doch selbst die Chang-Hua-Bank als eine der noch ohnehin staatlich kontrollierten alten Banken erreichte nach einer kürzlich abgeschlossenen Prüfung eine Quote von 6,49%, hauchdünn unter dem zulässigen Limit. Es hätte auch anders ausgehen können, denn die Bankprüfer erkannten Darlehen in einem Wert von 1,2 Mrd. NT\$ als Not leidend, die die Geschäftsführung selbst zuvor als gesichert ausgegeben hatte; zudem hatte die Bank bereits Kredite im Wert von 880 Mio. NT\$ vollständig abgeschrieben. (www.taipeitimes.com, 13.5.00)

Der Hauptgrund für die wiederkehrende Bankenpanik bei den Kunden ist das unzureichende Einlagensicherungssystem Taiwans. Die zuständige CDIC garantiert bei Zahlungsunfähigkeit einer Bank Einlagen jeweils nur bis zu einer Höhe von 1 Mio. NT\$, also umgerechnet

34.200 Euro. Doch auch diese Gewährleistung ist nur von begrenztem Wert, da die CDIC nach Angaben ihres Vorsitzenden derzeit nur über Reserven von rund 2,7 Mrd. NT\$ verfügt. Der Bankrott einer einzigen größeren Bank könnte daher das Einlagensicherungssystem bereits überfordern. Bei der CDIC sind 358 Kreditinstitute versichert, wobei vor allem viele genossenschaftliche Darlehensvereine als stark vom Zusammenbruch gefährdet gelten, da die Quote der Not leidenden Kredite bei vielen von ihnen 50% übersteigt. (www.taipeitimes.com, 12.5. und 19.5.00) Die Gesamtsumme Not leidender Kredite in Taiwan wird derzeit auf rund 687 Mrd. NT\$ (23,5 Mrd. Euro) beziffert; Schätzungen unter Berücksichtigung bislang zu günstig eingestufte Kredite gehen bis über 1.000 Mrd. NT\$. (www.taipeitimes.com, 13.5. und 25.5.00)

Laut taiwanischem Bankengesetz muss eine Bank, die mehr als ein Drittel ihres Stammkapitals aufgebraucht hat, schließen oder restrukturiert werden. Im Fall der Chung-Shing-Bank beliefen sich die Verbindlichkeiten jedoch bereits auf zwei Drittel des Eigenkapitals. Wie sich seit dem Regierungswechsel gezeigt hat, ist die Gesamtsituation im Bankensektor nicht viel besser. Da die Stammkapitalsumme aller 47 Geschäftsbanken bei 1.400 Mrd. NT\$ liegt, machen die angegebenen 687 Mrd. NT\$ an Not leidenden Krediten bereits deutlich mehr als ein Drittel aus. Norman Yin, Professor an der Chengchi-Universität und einer der derzeit besonders fragten Finanzexperten, schätzt, dass gemäß den gesetzlichen Bestimmungen nahezu alle 47 Geschäftsbanken restrukturiert werden müssten. Laut Yin wurden unter der KMT die Ergebnisse von Bankprüfungen gewöhnlich geheim gehalten. Hatte jemand aus irgendeinem Grund ein Interesse daran, dass Unregelmäßigkeiten bekannt wurden, sickerten einzelne Informationen an die Presse durch, sodass dann das gesamte Untersuchungsergebnis bekannt gegeben werden musste. Die drei jüngsten Bankenskandale folgten einem ähnlichen Muster. (www.taipeitimes.com, 12.5.00)

Die Bonitätsprüfer Standard & Poor sehen vor allem das schwindende Anlegervertrauen als Gefahr und halten

die Grunddaten im taiwanischen Bankwesen nach wie vor für „zufriedenstellend“. Die Stärke des Systems liege in den altetablierten Kreditinstituten, die 70% des Anlagevermögens auf sich vereinigen. (SCMP, Internetausgabe, 27.5.00)

Die Probleme mit Taiwans Bankensektor sind seit längerem bekannt und führten bei den Kunden bereits in der Vergangenheit zu Panikreaktionen. (Vgl. C.a., 1999/2, Ü 43) Wie marode das Finanzsystem wirklich ist, kommt allerdings erst jetzt, nach dem Regierungswechsel, ans Tageslicht. Angesichts des möglichen Schneeballeffekts von Bankenzusammenbrüchen wird es sich die neue Regierung nicht leisten können, den Ausputz den Marktkräften zu überlassen. Sowohl eine Intensivierung der Bankenaufsicht als auch eine Verbesserung des Verbraucherschutzes durch eine deutliche Aufstockung der Einlagensicherungsreserven werden vorrangig nötig sein, um die Situation nicht außer Kontrolle geraten zu lassen. Vor allem die Reservenbildung jedoch erfordert Zeit - nach Einschätzung des CDIC-Vorsitzenden beim derzeitigen Tempo mindestens 15 Jahre. -hws-